

30.03.2017

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses

zu dem Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13413

Polizeipräsenz im ländlichen Raum stärken – System der Kräfteverteilung sachgerecht fortentwickeln!

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/13413 – wird abgelehnt.

Datum des Originals: 30.03.2017/Ausgegeben: 03.04.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der CDU **Polizeipräsenz im ländlichen Raum stärken - System der Kräfteverteilung sachgerecht fortentwickeln!** - Drucksache 16/13413 - wurde am 2. Dezember 2016 vom Plenum an den Innenausschuss überwiesen. Die abschließende Aussprache und Abstimmung sollen nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses erfolgen.

B Beratung

Der Innenausschuss hat sich in seinen Sitzungen am 8. Dezember 2016, 7. Februar 2017 und 30. März 2017 mit dem Antrag befasst.

Zur Sitzung am 8. Dezember 2016 geht dem Ausschuss mit Vorlage 16/4573 ein Bericht des Ministeriums für Inneres und Kommunales zur Personalstärkeentwicklung der Kreispolizeibehörden und der Anzahl von Dienstkraftfahrzeugen in der Polizei zu.

In der Sitzung am 8. Dezember 2016 beantragt die antragstellende CDU-Fraktion eine öffentlichen Anhörung von Sachverständigen, die am 7. Februar 2017 durchgeführt wird. Die geladenen Sachverständigen sind der Einladung 16/2144 zu entnehmen. Die Sachverständigen wurden gebeten, im Vorfeld der Anhörung schriftlich Stellung zu nehmen.

Dem Ausschuss lagen zur Anhörung folgende Stellungnahmen vor:

Direktor des Landesamtes für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW Michael Frücht	Stellungnahme 16/4590
Deutsche Polizeigewerkschaft, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.	Stellungnahme 16/4599
Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Nordrhein-Westfalen	Stellungnahme 16/4607
Polizeipräsidium Düsseldorf, Polizeipräsident Norbert Wesseler	Stellungnahme 16/4609
Bund Deutscher Kriminalbeamter, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.	Stellungnahme 16/4610
Der Landrat als Kreispolizeibehörde Mettmann	Stellungnahme 16/4617 Neudruck

Diese Sachverständige, außer der Deutschen Polizeigewerkschaft - Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., sowie zusätzlich der Landrat als Kreispolizeibehörde Warendorf nahmen

in der Anhörung mündlich Stellung. Die öffentliche Anhörung ist mit Ausschussprotokoll 16/1595 dokumentiert.

Der Innenausschuss hat nach Vorlage des Anhörungsprotokolls in der Sitzung am 30. März 2017 die abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an das Plenum durchgeführt.

Die Fraktion der CDU führt in der Beratung aus, dass eine sachgerechte Verteilung der Polizeikräfte seit Langem eine Herausforderung sei und vermutlich auch künftig noch darstellen werde. Bereits in den 90er-Jahren habe sich das Parlament dem Thema gewidmet und ein sowohl damals als auch heutige als Sachverständiger Geladener fordere nach wie vor eine Nachbesserung bei der Polizei im ländlichen Raum. Zudem sei eine zusätzliche, neue Entwicklung zulasten des ländlichen Raums festzustellen. Kritisch wurde angemerkt, dass der Antrag von einigen Abgeordneten der Fraktion der SPD genutzt worden sein soll, um in bestimmten Wahlkreisen Ängste zu schüren. Der Antrag enthalte aber keine Forderung, Städten Kräfte zu entziehen; er plädiere dafür, den Rückbau in ländlichen Regionen durch eine Änderung der Systematik der Belastungsbezogenen Kräfteverteilung (BKV) zu stoppen; man wolle nicht wegnehmen, man wolle umverteilen.

Die Fraktion der SPD zeigt sich irritiert ob der Wahrnehmung der Ergebnisse der Anhörung. Mit Ausnahme eines Sachverständigen haben diese von einer drastischen Personalverlagerung aus dem Ballungsraum in den ländlichen Raum infolge des Antrags gesprochen. - Einig sei man sich mit dem Ziel der Stärkung der Polizeipräsenz im ländlichen Raum, wofür die Fortentwicklung der BKV, z.B. mit Sockelstellen oder Zuschläge für besondere Aufgaben, ein richtiger Weg sei. Allerdings gehe die CDU-Fraktion mit der Forderung, den Flächenansatz angemessen - was zudem Interpretationsspielraum eröffne - in der BKV zu berücksichtigen, deutlich andere Wege. Beispielrechnungen hierzu zeigten, dass größere Behörden deutlich verlieren würden. Bundesländer mit diesem Ansatz hätten negative Erfahrungen gemacht. Vielmehr seien die Erhöhung der Einstellungsanzahl und die Optimierung der Strukturen ausschlaggebend.

Der fraktionslose Abgeordnete Stüttgen hinterfragt die Intention des Antrags ob des Zeitpunkts der Einbringung und vermutet Wahlkampfstrategie. Gerade in seinem Heimatlandkreis, ein ländlicher Raum mit großer Ausdehnung, seien die besten Einsatzreaktionszeiten NRW's festzustellen und dennoch endeten die Forderungen der CDU nach Mehr dort nicht.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht vielmehr eine Kampagne der CDU im ländlichen Raum, die die Politik der Inneren Sicherheit der Landesregierung ins Grotteske ziehe. Die Fraktion der CDU stelle falsche Behauptungen zu Einsatzreaktionszeiten, Versorgung mit Dienstfahrzeugen und Polizeidichte auf. Der Bericht des Ministeriums für Inneres und Kommunales, Vorlage 16/4573, zeige dies auf. Fakt sei, dass in der Regierungszeit der CDU die bedarfsgerechte Verteilung von Polizeikräften eingestellt worden sei. Die jetzige Regierung habe die BKV wieder fortgesetzt und zur Vermeidung von Brüchen durch die Neuberechnung Instrumente wie z.B. Sockelstellen neu angesetzt. Die Berücksichtigung eines Flächenansatzes würde zu unangemessenen Verschiebungen führen.

Unter Hinweis auf die bislang geführte Diskussion ist der Antrag für die Fraktion der PIRATEN nicht zustimmungsfähig. Ablehnen könne die Fraktion ihn auch nicht, da er im Kern auf eine bestehende Problematik hinweise. Es gebe schlicht zu wenig Polizeikräfte, woran sowohl die CDU-FDP-Regierung als auch die SPD-GRÜNE-Regierung Schuld trage.

Von der Fraktion der FDP wird ausgeführt, dass die Landesregierung aktuell nur von einem Mindestschutz, der im ländlichen Raum gewährleistet werden könne, spreche. Mindestschutz

sei aber nicht der Anspruch der FDP-Fraktion, und offenbar auch nicht der CDU-Fraktion, sondern bestmögliche Sicherheit. Die BKV sei da die richtige Ansatzstelle.

C Abstimmungen

Bei der Abstimmung über eine Beschlussempfehlung zu dem Antrag - Drucksache 16/13413 - wird dieser mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der PIRATEN abgelehnt.

D Ergebnis

Der Innenausschuss empfiehlt, den Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/13413 – abzulehnen.

Daniel Sieveke
Vorsitzender